

Landrätetagung im Landkreis Erlangen-Höchstadt

Die 45. Landrätetagung des Bayerischen Landkreistags fand heuer in Herzogenaurach im Landkreis Erlangen-Höchstadt statt. In der mittelfränkischen Sportstadt erörterten die bayerischen Landräte Themen wie Asyl, Krankenhausfinanzierung, medizinische Versorgung und Social Media.

Im Interesse einer menschenwürdigen Bewältigung des Asylbewerberzustroms forderte der Präsident Jakob Kreidl Anstrengungen der gesamten Gesellschaft und des Staates. Die Kommunen dürften hier nicht allein gelassen werden. Von allen Beteiligten, insbesondere dem Freistaat Bayern, werde erwartet, dass Wohnraum schnell und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werde.

Die Wahrung des Grundrechts auf Asyl erfordere ein schnelles Asylverfahren vergleichbar dem der 90er Jahre. Gleichzeitig sei die notwendige soziale Betreuung effektiver zu organisieren. Die Landkreise seien bereit, die Betreuungsaufgaben selbst zu übernehmen, wenn sie dafür die Kosten vollständig durch den Freistaat erstattet bekommen.

Die Landräte beschlossen folgende **Forderungen** zur Asylpolitik **an die Staatsregierung**:

„Die Prognosen für die Zuwanderung von Asylsuchenden in Bayern für den bevorstehenden Winter belaufen sich auf bis zu 2.000 Personen pro Monat. Damit wird ein Niveau wie Mitte der 1990er Jahre erreicht. Die derzeitige Struktur, Platzzahl und Ausstattung der Unterbringungsmöglichkeiten in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften in Bayern bleiben jedoch hinter den seinerzeitigen Kapazitäten weit zurück und reichen für den stetig wachsenden Zustrom nicht aus. Auch die Möglichkeiten der dezentralen Unterbringung durch die Landratsämter sind vielfach erschöpft. Im Interesse einer menschenwürdigen Bewältigung der anstehenden Aufgaben sind gemeinsame Anstrengungen von Staat, Kommunen und Bevölkerung erforderlich. Die bayerischen Landräte fordern die Staatsregierung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Es müssen kurzfristig zusätzliche Kapazitäten in weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen mit dem Ziel geschaffen werden, die Aufnahmekapazitäten dauerhaft zu erhöhen.
2. Bund und Freistaat werden dringend aufgefordert, möglichst kurzfristig für eine Nutzung leer stehender Immobilien, z. B. Kasernen, als Gemeinschaftsunterkünfte zu sorgen. Von allen Beteiligten, namentlich der Immobilien Freistaat Bayern, den Regierungen und den Kommunen wird erwartet, dass geeignete Objekte in ausreichender Zahl als Asylbewerberunterkünfte nutzbar gemacht werden. Die Möglichkeiten von Unterkünften in Modulbauweise und der Betrieb durch Dritte gegen Kostenerstattung sind verstärkt zu nutzen.
3. Die Wahrung des Grundrechts auf Asyl erfordert ein zügiges Asylverfahren. Dazu müssen alle beteiligten Stellen umgehend mit ausreichend Personal ausgestattet

werden. Das gilt besonders für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Regierungen und die staatlichen Stellen an den Landratsämtern.

4. Asylbewerber, die keine hinreichende Aussicht auf ein Bleiberecht haben, sind vorrangig in Erstaufnahmeeinrichtungen und nicht dezentral unterzubringen.
5. Die soziale Betreuung für Asylbewerber bei dezentraler Unterbringung ist deutlich auszuweiten. Die Landräte fordern, diese Betreuungsaufgabe in eigener Zuständigkeit erfüllen zu können. Die entstehenden Kosten sind vom Freistaat zu erstatten.“

Über die **Krankenhausfinanzierung** und die medizinische Versorgung in Stadt und Land diskutierten die Landräte mit **Johannes Wolff** vom Berliner GKV-Spitzenverband. Die druckfrische Studie der Innovationsstiftung Bayerische Kommune stellte **Professor Dr. Jörn von Lucke** von der Zeppelinuniversität Friedrichshafen (siehe auch weiteren Beitrag auf Seite ...) vor. Nachdenkliches über das Thema „Zeit“ trug **Abt Dr. Marianus Bieber** von der Benediktinerabtei Niederaltaich vor. Schließlich informierte **Bernhard Schwab**, Leiter Ausbildung Herzogenaurach und Berufsbildung von der Schaeffler AG, über Möglichkeiten und Erfahrungen, den Eintritt von Jugendlichen in das Berufsleben zu begleiten.

Die Perspektiven für die Landkreise nach den Wahlen zeigte **Präsident Jakob Kreidl** in seiner Rede auf, die Innenstaatssekretär **Gerhard Eck** in Vertretung des Bayerischen Innenministers erwiderte.